

Autobus AG muss jährlich zwei Millionen einsparen

Regierungsrat will Baselbieter ÖV-Zwerg auf schlanke Linie trimmen



Fahrzeuge für teures Geld umgespritzt. Die Autobus AG Liestal (AAGL) ist gezwungen, die Konsequenzen aus ihrer bisherigen Unternehmens- und Marketingpolitik zu ziehen. Foto Christian Horisberger

Von Daniel Wahl

Liestal. Vermutlich hatte es die Autobus AG Liestal (AAGL), die über ein Dutzend Buslinien im Oberbaselbiet betreibt, auf die Spitze getrieben, als sie im Juni dieses Jahres ihre Flotte für teures Geld umspritzte. Der ÖV-Zwerg unter den Transport-Dienstleistern wollte sich von anderen abheben. Und vielleicht war es auch nicht klug, den Delegierten des Kantons Baselland aus ihrem Verwaltungsrat zu werfen. Jetzt erhält die AAGL die Quittung für ihre Unternehmenspolitik und Marketing-Strategie.

Wie der Baselbieter Regierungsrat gestern bekannt gab, muss die Autobus AG künftig jährlich zwei Millionen Franken einsparen. Schafft sie das bis zum Jahr 2020 nicht, werden ihre Linien ausgeschrieben. Eine allfällige Ausschreibung wäre bis Dezember 2023 umzusetzen, heisst es unter dem Titel «Regierungsrat legt Strategie für Bestellprozess im öffentlichen Verkehr fest».

Regierungsrätin Sabine Pegoraro drohte schon im Sommer mit einer Ausschreibung für das Jahr 2019. Mit der «Zielvereinbarung» der Einsparung von zwei Millionen Franken erhält die AAGL nun eine Karenzfrist, hat aber das Messer am Hals. Diesen Betrag einzusparen

werde für die AAGL schwierig, bekannte Verwaltungsratspräsident Christian Haidlauf früher gegenüber der *BaZ*.

Die Messlatte hatte die BLT im März dieses Jahres gelegt. 2,1 Millionen Franken günstiger könne sie das Transportangebot der AAGL umsetzen. Die BLT reichte eine entsprechende Offerte beim Kanton ein. Haidlauf bezeichnete dies als «Kampfpfeil», was BLT-Verwaltungsratspräsident André Dosé dann umgehend als «Unsinn» zurückwies. Es seien natürliche Synergieeffekte möglich, wenn im Kanton nicht zwei Fahrleistungsdienste, nicht zwei Buchhaltungen, nicht zwei Verwaltungsräte und so weiter unterhalten werden müssten.

«Es besteht Luft nach oben»

Es ist Geld, das der Kanton offenbar nicht auf der Strasse liegen lassen will: «Gestützt auf unser Benchmark-System gehen wir davon aus, dass auf den 18 Buslinien im Oberen Baselbiet noch Luft nach oben besteht, mindestens in der Höhe von zwei Millionen Franken», sagt die ÖV-Delegierte der Bau- und Umweltschutzdirektion, Eva Juhasz.

In einer ersten Reaktion «begrüsst die AAGL das Instrument der Zielvereinbarung», wie Sprecher Simon Dürrenberger sagt. Die geforderten Ein-

sparungen seien «machbar, wie auch immer», meint er. Branchenkenner halten diesen Einschnitt für möglich, aber nur wenn die AAGL Kooperationen mit anderen Unternehmen eingeht.

Aufgefallen ist, dass die AAGL in den vergangenen Jahren ihren Weg der Bescheidenheit verlassen hat. Trotz rückläufigem Treibstoffverkauf wurde eine zweite Tankstelle auf ihrem Grundstück gebaut. Trotz gleichbleibender Busflotte liess die AAGL ihre Halle mit einem Erweiterungsbau vergrössern. Und schliesslich wucherte auch der «Wasserkopf» trotz gleichbleibender Fahrleistung um ein halbes Dutzend Personen.

Das Instrument der Zielvereinbarung wird bereits im Kanton Aargau angewendet, was zur Produktivitätssteigerung im Transportwesen geführt hat. «Das nehmen wir als Grundlage», sagt Juhasz.

Eine Ausschreibung der Buslinien bedeutet für alle Beteiligten einen grossen Aufwand. Der AAGL-Verwaltungsratspräsident bezeichnete es gar als «hellen Wahnsinn». Für den Kanton wäre eine Ausschreibung auch das erste Mal in diesem Bereich: «Niemand will wirklich ausschreiben, wenn die Ziele auch ohne Ausschreibung erreicht werden können», bestätigt Eva Juhasz.

Fall Wischberg soll zu den Akten gelegt werden

Zu viele Fragen sind noch ungeklärt

Von Thomas Gubler

Liestal. Die Baselbieter Regierung beziehungsweise Baudirektorin Sabine Pegoraro will den Fall der Hemmiker Deponie Wischberg beenden. Um allfällige nachträgliche Bewilligungen soll sich die Gemeinde Hemmiken kümmern. Der betroffene Landwirt Alfred Suter würde leer ausgehen. Das geht aus dem gestern publizierten Bericht betreffend die geologischen Messresultate am Wischberg hervor. Dort beantragt die Regierung dem Landrat, vom Bericht über die Messresultate der Sondierbohrungen des Ingenieurbüros Pfrirter, Nyfeler + Partner AG Kenntnis zu nehmen und im Übrigen den Auftrag abzuschreiben. Auch habe der Runde Tisch nun seine Zielsetzung erfüllt.

Die Abklärungen des Ingenieurbüros, das formell durch die Einwohnergemeinde Hemmiken beauftragt worden war, haben im Wesentlichen zu drei Ergebnissen geführt: Das in der Grube Wischberg verfüllte Material kann nicht als sauberer Aushub deklariert werden. Es erfüllt aber die Anforderungen an die Ablagerungen in eine Inertstoffdeponie. Weiter wurde klar festgehalten, dass die Grube überfüllt wurde. Die Grube sei aber erdmechanisch stabil. Die geologischen Randbedingungen seien derart gut, dass Instabilitäten mit grosser Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden könnten.

Es sei nun Sache der Gemeinde Hemmiken, so die Regierung in ihrer Vorlage weiter, das weitere Vorgehen zur Legalisierung der Grube vorzunehmen. Auch müssten die hängigen Verfahren zwischen den am Runden Tisch beteiligten Parteien – will heissen,

vor allem die mit Landwirt Alfred Suter – noch bereinigt werden.

Da aber dürfte es sich die Regierung etwas zu einfach gemacht haben. Sie will nämlich ganz offensichtlich Suter und seine Ansprüche übergehen. So schreibt sie im Bericht: «Aus dem Schlussbericht (des Geologen, Anm. d. Red.) ergibt sich in keiner Weise, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen den Ablagerungen in der Grube «Wischberg» und den vom Landwirt Alfred Suter behaupteten Schäden an seinem Hof «Wischberg» in Hemmiken gibt.»

Wasser ausgeklammert

Das Problem dabei ist freilich, dass im Auftrag an das Büro Pfrirter, Nyfeler + Partner die hydrologische Untersuchung beziehungsweise die Frage des Wassers im Bereich zwischen Suters Hof, der im Übrigen «Maiberg» heisst, und der Deponie ausgeklammert worden war. Damit aber blieb möglicherweise ein entscheidender Punkt unbeachtet. Die Folgerung der Regierung erscheint daher unter diesen Umständen, gelinde gesagt, etwas voreilig. Jedenfalls erscheint es verständlich, dass der Bericht des Geologen, der von der Regierung auffällig oft als «Schlussbericht» bezeichnet wird, von Alfred Suter bloss als Zwischenbericht akzeptiert wird.

Und möglicherweise gibt ja die Unvollständigkeit des Auftrags auch im Landrat noch zu reden. SP-Landrat Hannes Schweizer hatte jedenfalls im Juni 2016 erklärt, es sei «wichtig, dass klar eruiert wird, was den Hang zum Rutschen gebracht hat». Diese Klarheit aber fehlt nach wie vor.

Nachrichten

Pratteln hat genug von Fussball-Randalierern

Pratteln. Bereits drei Mal ist es vorgekommen, dass in Pratteln Fans des FC Basel und FC Zürich aufeinandergetroffen sind – und dabei randaliert haben. Wie die *bz* schreibt, hat das politische Pratteln nun genug: Der Einwohnerrat fordert von der Vereinsleitung des FCB mehr Verantwortungsbewusstsein und dass sie die Wahrung der Sicherheit nicht mehr nur auf die Polizei abschiebt. Es sei nicht glaubhaft, dass die Clubs machtlos sind: «Die wissen genau, wer die Chaoten sind», sagte Urs Schneider (SVP) der *bz*.

Zwei Unfälle wegen Sekundenschlafs

Hornussen/Lupfig. Gestern Morgen nickten gleich zwei Autofahrer auf der A3 am Steuer ein und verunfallten. Einerseits prallte so bei Lupfig das Auto eines 25-Jährigen, der dabei eine Schulterverletzung erlitt, ins Heck eines vorausfahrenden Sattelmotorfahrzeuges. Andererseits verlor ein in Richtung Basel fahrender Mann bei Hornussen die Herrschaft über seinen Wagen. Dieser stiess mit grosser Wucht gegen die Mittelleitplanke und wurde stark beschädigt. Der 37-Jährige blieb jedoch unverletzt.

Der Geschenkgutschein für Heimatverliebte

Baselland-Card ist bei 46 Betrieben im Kanton gültig

Von Christian Horisberger

Liestal. Die Zeit drängt. Am Sonntag ist Bescherung, und wer noch kein passendes Geschenk für die Liebblingstante oder den Erbonkel gefunden hat, muss sich sputen. Wer beim Schenken Wert auf das Prädikat «aus eigenem Boden» legt, sollte die Baselland-Card in Erwägung ziehen.

Zugegeben: Ein Geschenkgutschein zeugt nicht eben von einer grossartigen Fantasie oder besonders viel Einfühlungsvermögen. Aber es ist ein sicherer Wert. Und je vielseitiger er eingesetzt werden kann, desto besser. Das hat sich Tobias Eggmann, Geschäftsführer von Baselland Tourismus, gesagt, als er zusammen mit Gastro Baselland die Idee von der Baselland-Card entwickelte.

Es handelt sich um einen Gutschein im Kreditkartenformat, der mit bis zu 500 Franken «aufgeladen» und bei verschiedenen Betrieben eingelöst werden kann. Die Karte berechtigt nicht zum Bezug von Leistungen zu einem vergünstigten Tarif.

Zur Lancierung der Karte Anfang November waren bereits 40 Unternehmen aus Gastronomie und Hotellerie sowie Läden und Ausflugsziele im Boot. Sie alle sind auf einer Broschüre aufgeführt. Wer allerdings die Website



Ein sicherer Wert. Bei 46 Geschäften, Hotels, Restaurants und Ausflugszielen kann mit der Karte bezahlt werden.

www.basellandcard.ch besucht, wird bereits 46 Betriebe vorfinden, bei denen mit der Baselland-Card bezahlt werden kann. «Wir haben gehaut, dass die Karte einem Bedürfnis entspricht», sagt Eggmann, «dass die gleich so gut läuft, hätten wir nicht gedacht.» Er hoffe, dass das Angebot längerfristig auf bis zu 100 Betriebe ausgebaut werden kann.

«Last Minute»-Geschenke-Einkäufer können die Karte bei der Geschäftsstelle von Baselland Tourismus bestellen. «Wer bis 15 Uhr ordert, hat die Karte am Samstag in der Post», versichert Eggmann. Wer den Termin verpasst, kann die Karte auch direkt bei zehn der Baselland-Card-Partner beziehen. Der Betrag ist frei wählbar. www.basellandcard.ch

Öffentliche Bauten als Energiefresser

Sparbemühungen des Kantons greifen – langsam

Von Christian Horisberger

Liestal. Eine Solaranlage, die nicht richtig funktioniert, kaltes Duschwasser in Schulturnhallen. Der Bericht über die Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei Verwaltungsbauten weist auf einige bemerkenswerte Mängel im Betrieb von Kantonsliegenschaften hin.

Bei der Turnhalle Kriegacker in Muttenz wollte der Kanton im 2016 die Energiekosten um gut 5000 Franken senken. Stattdessen erhöhten sie sich um gut 10000 Franken: Energiesparexperten stellten bei der Analyse des Gebäudes fest, dass für die Duschen in der Vergangenheit stets zu wenig Warmwasser zur Verfügung gestanden habe. Es wurde nachgebessert mit Mehrkosten als Folge. Höhere Energieausgaben in derselben Grössenordnung ergaben sich bei der Turnhalle des Gymnasiums Oberwil. Die thermische Solaranlage auf dem Dach funktionierte nicht ordnungsgemäss, das Wasser musste mit fossiler Energie geheizt werden. Für die Solaranlage war eine komplexe Reparatur fällig.

Der Landrat hat 2015 beschlossen, seine Gebäude dahingehend zu überprüfen und zu optimieren, damit sie nicht unnötig Energie verpuffen. Den Anstoss hatte die Umstellung des Kantons auf den Bezug von teurerem Ökostrom gegeben. Immerhin die Hälfte der

Mehrkosten von einer halben Million Franken sollte mit Energieeffizienzmassnahmen an Kantonsliegenschaften – vornehmlich Schulhäuser und Verwaltungsbauten – eingespart werden. Das Programm startete 2016 für 19 Gebäude, über die Zeit von zehn Jahren sollten im Durchschnitt 270000 Franken jährlich an Energiekosten eingespart werden. Sparziel fürs erste Jahr waren 108000 Franken, im zehnten Jahr wird eine halbe Million angepeilt.

Zielwerte deutlich verfehlt

Die gute Nachricht: Die Zielwerte, die Energieexperten für die ausgewählten Liegenschaften festgelegt haben, wurden zum Teil massiv übertroffen. Beim Gym Liestal konnten die Energiekosten um mehr als 21000 Franken gesenkt werden, 3300 Franken Ersparnis hatte man angepeilt. Sehr gross auch die Abweichungen bei der Berufsschule Liestal (Zielwert: 3000 Fr./erreicht 13700 Fr.), bei den Sekundarschulen Aesch (5400 Fr./19000 Fr.) und Therwil (7600 Fr./17500 Fr.). Stephan Krähenbühl vom Amt für Umweltschutz und Energie begründet die grossen Differenzen mit der Komplexität und Grösse der Bauten. Bei grossen Anlagen könne man rasch weit danebenliegen, auch habe man die Sparziele eher konservativ definiert.

Als mögliche Sparmassnahmen nennt Krähenbühl Anpassungen bei der Steuerung von Lüftungsanlagen, Heizungen oder Licht. Werde zum Beispiel zu viel oder zum falschen Zeitpunkt geheizt, läge eine Verbesserung drin. Ebenso wenn die Lüftungsanlage eines Schulhauses während der Sommerferien ausgeschaltet werde.

In jedem Fall können die Sparmassnahmen jedoch nicht umgesetzt werden. Mit den Zentralen Informationsdiensten und dem Werkhof Reinach sind zwei Gebäude von der 19er-Liste gestrichen worden, weil das Sparpotenzial dort zu klein ist. Somit zu den schlechten Nachrichten: In acht Gebäuden wurde der Zielwert verpasst. Mehrkosten von 11300 Franken statt Einsparungen von 9300 Franken gab es wegen Problemen bei der neuen Lüftungssteuerung der Therwiler Sekturnhalle. Weitere grössere Abweichungen werden auf Umbauten, Nutzungsänderungen und Verzögerungen bei der Umsetzung von Optimierungen begründet. Unterm Strich wurde das Sparziel im ersten Jahr um 23000 Franken verpasst.

Die Investitionen in die Energiesparmassnahmen beliefen sich auf knapp 130000 Franken. Diese seien im ersten Jahr überdurchschnittlich, heisst es im Bericht der Regierung an den Landrat.